
GEMEINSAM FÜR LEBENDIGE AGGLOMERATIONEN 1

Agglomerationen werden offiziell definiert als zusammenhängende, funktionale Siedlungs- und Lebensräume, die *Kernstädte* (z.B. Bern, Lausanne oder Zürich) mitsamt direkt angrenzenden *suburbanen* Zonen (z.B. Zollikofen, Renens oder Schlieren) und weiter ausserhalb liegenden *periurbanen* Zonen (z.B. Münsingen, Echallens oder Rümlang) umfassen. Wenn im allgemeinen Sprachgebrauch von Agglomerationen die Rede ist, sind damit allerdings Gemeinden gemeint, die dem sub- oder periurbanen Raum zugeordnet werden können. Klischeehaft, und oft auch etwas überheblich, stellt man sich unter der Agglo dann vernachlässigte und unattraktive Vorstadtgemeinden und/oder zersiedelte und ein wenig spiessige Einfamilienhausgemeinden vor. Damit wird nicht nur ausgeblendet, dass viele Menschen in diesen Gemeinden ihre Heimat gefunden haben, vor allem erschwert das fehlende Bewusstsein der gemeinsamen Interessen, Abhängigkeiten und Herausforderungen von Kernstadt, sub- und periurbanem Raum aber auch eine erfolgreiche Agglomerationspolitik.

Dieses Bewusstsein gilt es zu schaffen resp. zu schärfen. Denn es ist nicht so, dass es sich vielerorts nicht bereits entwickelt. In der Verkehrspolitik wissen es viele Gemeinden schon länger, steuerpolitisch ist es für den vernünftigen Betrachter klar, in der Sozialpolitik oder der Raumplanung zeigt es sich schweizweit auch immer deutlicher: **Gemeinsam geht es besser**. Um dieses Gemeinsame in den Agglomerationen zu ermöglichen, braucht es entsprechende und passende Instrumente, Institutionen und politische Räume.

Die SP Schweiz fordert eine Stärkung der Demokratie. Es braucht demokratische Steuerungsmöglichkeiten, damit Agglomerationen sich gemeinde- und kantonsübergreifend – und teils sogar über die Landesgrenzen hinaus (Metropolitanräume Basel, Genf-Lausanne und Tessin/Insubrica) – sinnvoll entwickeln, damit sie ihre spezifischen Interessen artikulieren und vertreten können. Das ist die Grundlage für eine ganzheitliche und zukunftsgerichtete Agglomerationspolitik.

Vier Massnahmen bieten sich dafür an und können je nach Situation und Bedürfnissen unterschiedlich umgesetzt und kombiniert werden:

- 1. Gebietsreformen:** Gemeindefusionen und/oder Gebietsarrondierungen können wesentlich dazu beitragen, die demokratische und effektive Steuerung von Agglomerationen zu verbessern und damit letztlich auch den Föderalismus zu stärken.
- 2. Parlamente:** Gerade in „Pendlergemeinden“ stärken Parlamente, sofern es sie nicht schon gibt, den politischen Austausch und die demokratische Kultur. Das

wirkt sich insbesondere auch positiv auf Projekte aus, die es in Agglomerationen über Grenzen hinweg zu realisieren gilt.

- 3. Vierte Staatsebene:** Die „Agglomeration Freiburg“ mit ihrem eigens gewählten Agglomerationsrat macht es vor, wie eine vierte Staatsebene in der Schweiz aussehen kann. Bestehende Regionalkonferenzen in verschiedenen Kantonen sollen in diese Richtung demokratisiert und weiterentwickelt werden. Aber gerade auch im Ausland gibt es interessante Beispiele, so etwa die Metropolitanregionen Lyon, Stuttgart oder London.
- 4. Demokratie plus:** Die klassische politische Demokratie ist das eine, Demokratie kann und soll aber noch viel mehr bedeuten. Innovative Formen der partizipativen und emanzipatorischen Beteiligung von Menschen nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft (bspw. über Genossenschaften oder andere Formen des sozialen und solidarischen Wirtschaftens) und weiteren Lebens- und Gesellschaftsbereichen (bspw. im Bildungs- oder Gesundheitswesen) können einen überaus wichtigen Beitrag an lebendige, attraktive und nachhaltige Agglomerationen leisten.